

Bezugspreis: Vierteljahr 4. - Halbjahr 7. - Jahr 12. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigepreis: Die aufgezählten Kompositionen ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Mittwoch, den 16. Juli 1919. Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Generalstreik in Stettin.

Stettin, 16. Juli. Das Gewerkschaftskartell, der Wahlverein der S. P. D. und die Parteivereine ...

daron Kritik zu üben, daß die Bekanntmachungen des kommandierenden Generals nicht, wie notwendig, mit seinem Namen gezeichnet sind...

Sie wollen keine Betriebsräte. Der Agrarier muß Herr im Hause sein.

Die Agrarierbünde, in denen das reaktionäre Großgrundbesitzer- und Großbauerntum organisiert ist...

Die im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft zusammengekommenen Körperschaften wiederholen in letzter Stunde die von ihren Vertretern schon verschiedentlich dem Reichsarbeitsministerium vorgetragene Bitte...

Die jetzige Bewegung in Pommern zeigt, wie notwendig ein Organ auch in der Landwirtschaft ist, das den Herrendünkel der Großagrarien einschränkt...

Die bürgerliche Presse

gefällt sich in maßloser Gebe gegen die Streikenden, ohne auf die Vorgeschichte des Streiks einzugehen...

Eine Kraftprobe des pommerschen Landbundes.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen Vorpommerns wird uns am Vorabend der Streikbewegung in Pommern geschrieben:

Eine Kraftprobe! Kein Zweifel! Als nach dreitägiger Arbeit im Ratssaal in Stralsund die Tarifverhandlungen zwischen den Vertretern der Landarbeiterschaft...

Wie war die Vorgeschichte? Als vielerorten in Deutschland die Tarifverhandlungen in der Landwirtschaft im vollen Gange, so zum Teil schon abgeschlossen waren, trat in Pommern der Landbund auf...

Das war der Anfall! Und als man sich schließlich doch am 2. Juli in Stralsund zusammenfand, um für den Regierungsbezirk den Tarif zu beraten...

Heimtransport der Kriegsgefangenen. Verhandlungen in Bern.

Bärn, 16. Juli. In der Frage der Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich finden, wie der Vertreter der „Frankf. Ztg.“ hört, in Bern Verhandlungen von Vertretern Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz statt...

Französische Maßnahmen gegen die Teuerung.

Haag, den 16. Juli. Holländisch Neinsbüro meldet aus Paris: Am Dienstag vormittag trat das Ministerium im Elysee unter dem Vorsitz von Poincaré zusammen...

- 1. Das System von Verkaufsständen von Lebensmitteln, das dort befriedigt hat, wo es angeordnet wurde, wird in Paris verdoppelt...
2. Seitens der Lebensmittelverorgungsbehörden werden in Paris und in der Provinz billige Restaurants mit Mahlzeiten zu festen Preisen eröffnet werden...
3. Die Nahrungsmittelverordnungen des Heeres werden unmittelbar der Öffentlichkeit nutzbar gemacht werden...
4. Im Unterstaatssekretariat für Volksernährung wird ein besonderer Dienst zur Unterdrückung der Spekulation mit Lebensmitteln und ersten Lebensbedürfnissen errichtet...

Achtstundentag in Holland.

Am letzten Freitag hat die holländische Kammer das Achtstunden-Gesetz angenommen; nur die Kommunisten stimmten dagegen.

Lansing will zurücktreten!

Haag, 16. Juli. Holländisch Neinsbüro meldet aus New York: Ein Sondertelegramm des „New York Tribune“ aus Paris berichtet, daß Lansings Wunsch, als Staatssekretär zurückzutreten, dadurch veranlaßt wird, daß er sich über die Arbeit der Friedenskonferenz enttäuscht fühlt...

Neue Vorlage über die Betriebsräte.

Weimar, 16. Juli. Vom Reichswirtschaftsamt ist eine neue Vorlage über die Betriebsräte ausgearbeitet worden. Sie soll in der nächsten Woche der Nationalversammlung zugehen.

Als man nun am 9. Juli in Stralsund wieder zusammentraf, da war dem Kundigen auf dem ersten Blick klar, daß ein Umschwung stattgefunden hatte.

Als man nun am 9. Juli in Stralsund wieder zusammentraf, da war dem Kundigen auf dem ersten Blick klar, daß ein Umschwung stattgefunden hatte. Es waren zum großen Teil ganz andere Persönlichkeiten zur Vertretung der Arbeitgeber erschienen.

einigen Bezirken des Landbundes Aufnahme gefunden hat. Dort heißt es in den Satzungen des Landbundes, daß der Ausschuss der Arbeitnehmer, womit nur der Ausschuss der im Landbunde organisierten Arbeitnehmer gemeint sein kann, über die Innehaltung der Tarifverträge zu wachen habe, und zwar insbesondere darüber, daß die Tarifverträge nicht überschritten werden. Die getreuen Landbundesarbeiter als ständige Ueberwachungsinstanz auf den Gutshöfen über ihre eigenen Arbeitgeber, falls diese etwa über den Tarif hinaus ihre Arbeiter besserstellen wollen!

Man sieht, ein ganz eigenartiges neues System, welches deutsche Arbeiter dazu erniedrigen will, gegen die eigenen Klassengenossen Hilfsdienst oder gar Spitzeldienst zu leisten!

Und damit die Sache auch ganz sicher ist, verpflichten sich die Arbeitgeber als Mitglieder des Landbundes unterschrittlich zur Leistung erheblicher K e u g e l d e r. Man höre und laune: Eine Mark pro Morgen für jede Ueberschreitung des Tarifs. Wer also vorübergehend einem landwirtschaftlichen Arbeiter gestattet, außer der üblichen Nachzucht gleichzeitig noch ein Stück Vieh im Stall zu haben, ein Fall, der im Laufe der Wirtschaft sehr wohl denkbar ist, z. B. wenn einem Arbeiter ein ganz besonders gutes weibliches Kalb geboren wird, das er unter Zustimmung des Arbeitgebers ansehen möchte, obgleich er schon eine 1 1/2-jährige Stierin im Stall hat, ein solcher Arbeitgeber muß, wenn er Mitglied des Landbundes ist und 200 Morgen bewirtschaftet, die kleine Summe von 2000 Mark zur Strafe an den Landbund abführen, wenn ein Arbeiter auf seinem Hofe ihn denunziert.

Ueber die sittliche Höhe einer solchen Bestimmung sich auszulassen, erübrigt sich. Sie kennzeichnet jedenfalls den Geist des Landbundes, der im vorliegenden Falle den Tarif für Vorpommern zum Scheitern brachte.

Nach außen hin wird natürlich der Landbund versuchen, sich zu rechtfertigen, damit er wenigstens einen Teil der öffentlichen Meinung für sich hat. Er wird insbesondere den effizienten Arbeitstag für diesen Zweck ausspielen. Höfentlich verschweigt er dabei nicht, daß die Vertreter der Landarbeiter, darunter insbesondere sämtliche in festem Lohn und Brot stehenden Landarbeiter, wiederholt und auf das entschiedenste erklärten, daß sie 13 Stunden arbeiten wollen in der Ernte, wenn es erforderlich und wenn es genügend bezahlt wird. Ja, man hat schließlich, was zweifellos nicht unbedingt notwendig wäre, die Bestimmungen darüber, ob im Einzelställe Ueberstunden gemacht werden sollen, vertraglich dem Betriebsleiter in die Hand gegeben. Mehr konnte die Arbeiterchaft nicht bieten, aber — tut nichts — wie sagte Herr von Bonin: „Wir wollen Herren im eigenen Hause bleiben“.

Und das ist natürlich der springende Punkt! Gewiß, einen Tarif, den mögen sie am Ende eingehen, die Herren Agrarier, vorausgesetzt, daß er ihnen paßt und daß ihr Wille im ganzen und im einzelnen unbedingt durchdringt. Das alte Mißtrauen gegen den Mittel des Arbeiters. Der alte Herrenstandpunkt, durch nichts erschüttert, besteht nach wie vor. Sein Wille geschehe, nur sein Wille, und im Hintergrunde doch wohl die Aussicht und Hoffnung, daß der Deutsche Landarbeiterverband in seinem gewaltigen Anschwollen in Vorpommern eingebremst, ja, daß er zerfallen werden würde, wenn seine Vertreter mit leeren Händen vor die Arbeiter hintreten müssen, wir haben von deren langjährigen berechtigten Wünschen, wir haben von den Erfordernissen dieser Lage für euch zu erreichen nichts vermocht!

Ob nicht noch andere Dinge im Spiele sind, ob nicht die „Roorlkulturpaten“ (Gewehre) auch noch im Hintergrunde ihre Rolle spielen? Wer will es sagen!

Die Kampfanfrage des pommerschen Landbundes ist da, wer vermag noch zu hoffen, daß es nicht zum Ausbruch des Kampfes kommen wird? Mag jedenfalls die Verdüsterung in Stadt und Land der sicheren Ueberzeugung sein und bleiben, daß die Führer der Arbeiterchaft mit vollster Ruhe,

mit klarem Will für die Gesamtheit der Verhältnisse den Tatsachen gegenüberstehen, und daß sie im Kampf gegen die Agrarier, gegen den Landbund, nichts weiter und nichts anderes im Auge behalten werden, als die gewissenhafte Wahrung der ihnen anvertrauten berechtigten Interessen im Rahmen der Interessen der Allgemeinheit.

Der Protest gegen den Gewaltfrieden.

Die Demonstrationen am 21. Juli.

Die sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs und Italiens haben für den 21. Juli gewaltige Protestaktionen und Demonstrationen gegen den Versailler Gewaltfrieden und gegen die Bekämpfung Sowjet-Rußlands durch ihre Regierungen angelegt. In einer Reihe neutraler Staaten haben sich die sozialistischen Parteien diesem Vorgehen angeschlossen.

Rund fordern auch in Deutschland die Unabhängigen zur Beteiligung an diesem Proteste auf und sagen für den 21. Juli große Umzüge und Kundgebungen an.

Es kann kein Zweifel sein, daß auch wir den Bestrebungen der sozialistischen Bruderparteien in den Ententeländern, die sich gegen den Gewaltfrieden und die gegenrevolutionäre Unterdrückungspolitik der Entente richten, mit der warmsten Sympathie gegenüberstehen. Aber über die Rolle, die das deutsche Proletariat bei dieser Aktion zu spielen hat, kann man zweifelhaft sein. Wir sind ja die Besiegten, die Unterdrückten! Die Demonstration richtet sich doch wohl aber gegen die Regierungen, die der Welt den Schand- und Gewaltfrieden von Versailles aufgezwungen haben. Das aber sind allein die Regierungen der siegreichen Länder, die Regierungen der Ententestaaten. Die gegenwärtige deutsche Regierung ist an den menschen- und arbeitereindlichen Bedingungen des Versailler Dokuments wahrhaftig unschuldig, sie hat bei dem ganzen Akt lediglich eine passive Rolle gespielt, sie hat das Dokument unter dem härtesten Zwang der Waffen und der Blockade unterzeichnen müssen, über ihre Proteste sind die hohnlachenden Sieger zur Tagesordnung übergegangen.

Was also hat es für einen Zweck, wenn das deutsche Proletariat am 21. Juli mit demonstriert? Von deutscher Seite ist vor dem Abschluß des Friedens wahrlich genug protestiert und demonstriert worden, man hat damals auf und nicht gehört und wird heute ebensowenig auf uns hören. Wenn die Unabhängigen jetzt plötzlich eine große Protestbewegung inszenieren, so wollen sie mit dieser Geste offenbar vergessen machen, daß sie es gewesen sind — sie und niemand anders — die durch ihr überreiltes Annahmegericht vor Unterzeichnung des Friedens jede einheitliche Protestaktion des deutschen Volkes gegen die uns auferlegten Friedensbedingungen unmöglich gemacht haben.

Wollen die Unabhängigen jetzt gegen die deutsche Regierung protestieren, weil diese getan hat, was sie, die Unabhängigen, selbst am eifrigsten gefordert haben? Jedes Kind in Deutschland weiß, daß weder die jetzige Regierung Deutschlands noch irgend eine andere die Macht hat, die Friedensbedingungen zu ändern. Die wirklichen Machthaber sind dem Arme des deutschen Proletariats nicht erreichbar, sie sitzen in Paris, London und Washington; wenn die Sozialisten dieser Länder gegen sie losgehen, so haben sie unsere ganze Sympathie, aber helfen können wir ihnen dabei nicht.

Planwirtschaft und Sozialisierung.

In der Erklärung des Genossen Bissell (Morgenausgabe vom 16. Juli) sind zwei den Sinn ins Gegenteil wendende Sätze enthalten. Beide Male ist von einer gebundenen Gewinnbeteiligung die Rede, während es gebundene Gewinnverteilung heißen muß und im Konkreten auch heißen hat. Da es sich hier um den Kern der Differenzen handelt und durch die Sätze

ipso facto gegenüber dem Fernsprechen mit Drahtleitung kein Unterschied. Die Mittel, mit denen die Uebersetzung der Sprache erreicht wird, sind verhältnismäßig einfach. Sie bestehen in der Drahtfaser aus einem leeren Röhrenanker und einem Audionempfangsger, beide äußerlich als Glühlampen erkennbar, die in besonderen Kästen untergebracht sind und während des Betriebes durch den elektrischen Strom zum Leuchten gebracht werden. Durch den Röhrenanker werden ungedämpfte elektrische Wellen von sehr hoher Schwingungszahl erzeugt, die beim Sprechen in das Mikrophon Verzerrungen erleiden. Diese werden im Empfänger aufgenommen und im Fernsprecher als gesprochenes Wort zu Gehör gebracht. Bei jeder Station befinden sich zwei Luftdrähte (Antennen). Hierdurch wird es ermöglicht, daß bei beiden Sprachstellen gleichzeitig gehört und gesprochen werden kann.

Nach den bei den Versuchen gewonnenen Erfahrungen ist zu hoffen, daß der Fernsprecher ohne Draht neben dem Drahtfernsprecher bald eine wichtige Rolle unter den Nachrichtenverlehmitteln spielen wird.

Die Geißel der Menschheit.

Die tausend Störpionen ist die Menschheit während dieser fünf Kriegsjahre gequält worden, und jene Qualen, die bereits vor dem Kriege bestanden, wurden durch ihn noch verdundertfacht. Das gilt besonders von den Krankheitsleiden, die nicht offen ihr Gesicht zur Schau tragen und die deshalb um so entsetzlicher freilen am Baum der Menschheit: den Geschlechtskrankheiten. Trotz aller Aufklärungsversuche der letzten Jahre spricht man nicht gern von ihnen, verschämt man nur zu gern dieses fürchterliche Uebel. Immer noch gibt es junge Menschen, die lachend und unwillig in ihr Unglück rennen, immer noch gibt es Mütter, die sich scheuen, ihre Töchter über diese entsetzliche Plage aufzuklären, immer noch gibt es Männer, die — sei es aus Leichtsinne, sei es aus Schamhaftigkeit — ihr Leiden auf die Frau übertragen, die ehelich oder schwach genug sind, Kindern das Leben zu geben, die auf diese Weise zu einem elenden Dasein verdammt werden. Hier aufklärend, helfend zu wirken, soll der Jauchen im Pionier-Vergleiche Carl Smolinso, Kariowich, erschienene Roman „Die Geißel der Menschheit“ von Rosa Stein (Preis elegant gebunden 7 Mk.) dienen.

Bestand wird das Leben zweier junger Menscheninder geschickelt, die bestimmt zu sein scheinen, einander das höchste Glück zu geben, und die doch bei unglücklich werden, weil der Mann sich — lange bevor sie einander begegnen — in einer übermüßigen Stunde die Syphilis zugezogen hatte, deren entsetzliche Folgen er nun in ihrer ganzen Schwere erleben muß. Dieses Schicksal wirkt um so tragischer, als der junge Mann imhinde gewesen wäre, durch Benutzung aller vorhandenen Hilfsmittel die Folgen des Leidens vielleicht abzuwenden, hätte nicht die von alten Vorurteilen beherrschte Verwandtschaftslosigkeit der Familie es ihm unmöglich gemacht. So läßt der in heiterer Liebe gefasste Entschluß des jungen, kaum erblühten Mädchens ist, ihr Leben an das des sich ihr anvertrauenden Mannes zu binden, so bewundernswert die Treue, mit der die reife, wissende Frau dem Manne bis zum

dieser Kern, soweit Bissells Auffassung in Frage kommt, völlig geordnet wird, so lassen wir den betreffenden Absatz noch einmal hier folgen. Er lautet richtig:

„Es ist für mich wirklich erschütternd, zu sehen, daß man in eine Erörterung meiner Pläne hineinreißt, ohne sie nur gelesen zu haben. In dem Plane des Gesetzes über den Arbeitsfrieden sehe ich für Betriebe, die unter Friedensgebot gestellt sind — bestimmte Gruppen von Betrieben sollten es sein — die gebundene Gewinnverteilung vor. Diese gebundene Gewinnverteilung sollte die Wirkung haben, daß von dem Teil des Reingewinns, der über den Satz von 5 vom Hundert des Stammkapitals einschließlich der ausgewiesenen Reservefonds hinaus erzielt wird, drei Viertel an einen Reichsfonds abzuführen sind, von dem zwei Drittel für die allgemeinen Zwecke des Reichsfonds, ein Drittel zur Förderung sozialer Aufgaben des Reiches verwendet werden sollten. Aus dem hier erwähnten Reichsfonds sollte die deutsche Gütererzeugung gefördert und dadurch die Beschäftigung der deutschen Arbeiterschaft ermöglicht werden. Die gebundene Gewinnverteilung sollte den Gewinn des Unternehmers beschränken; eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter und gar eine solche an Stelle der Vollsozialisierung ist nicht vorgesehen. Ich stelle das fest.“

Die Verdächtigungsverfahren.

Zum Austritt der Unabhängigen aus der Untersuchungskommission.

Das Spiel der Unabhängigen liegt jetzt klar zutage: erst haben sie nach der Untersuchungskommission gefächert, als dann die Ergebnisse der Untersuchung ein für sie verhängnisvolles Aussehen annahmen, griffen sie zum letzten Rettungsanker: die Arbeit der Kommission mußte auf jeden Fall diskreditiert werden. Wie konnte das geschehen? Indem man plötzlich mit großem Krach austrat. Aber leider hatte man gar keinen Anlaß dazu. So mußte einer bei den Saaren herbeigezogen werden. Um einer prozeduralen Formalie fünften Ranges willen, weil die Kommission gewisse Zeugen erst allein hören und dann konfrontieren, nicht sofort konfrontieren wollte (bei welchem Verdict ist das übrigens Mode?), schmeißt der Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld mit beleidigter Miene plötzlich sein Aktentstück hin und verläßt den Saal. Die „Freiheit“ applaudiert natürlich „recht so!“ und schreibt: „Wir können den Austritt unseres Genossen aus dem Untersuchungsausschuß nur billigen. Die Arbeiten des Ausschusses sind gerichtet. Seine Feststellungen entbehren der wichtigsten Grundlage jeder Forschung: der Wahrheit.“

Ah nein, dazu ist das Spiel doch zu durchsichtig! Gerichtet ist allein die unabhängige Methode, den Untersuchungsausschuß um jeden Preis zu verhängen, weil die Wahrheit gegen die Unabhängigen ausgefallen ist!

Landratsabsolutismus.

Nach § 173 der Kreisordnung ist der Landrat befugt, Beschlüsse des Kreisrates, welche die Gesetze verletzen, mit anschließender Wirkung zu beanstanden. Von dieser reaktionären Bestimmung machte in der letzten Kreisratssitzung des Kreises Westfalen-Starkow der Landrat Dr. Wislott Gebrauch und ergießte dadurch, daß die bisherige sozialdemokratische Kreisratsmehrheit beiseite wurde.

Außer wurde über die Mandate von zwei sozialdemokratischen Kreisratsschleppern abgemittelt. Diese beiden Abgeordneten durften dabei nach der Kreisordnung nicht mitstimmen; dadurch kamen unsere Genossen, die über eine Stimme Majorität verfügten, mit einer Stimme in die Minorität und ihre Mandate wurden für ungültig erklärt. Als dann angeforderte bürgerliche Mandate ebenfalls für ungültig erklärt wurden, beanstandete der Landrat diesen Beschluß.

Der Kreisrat kann nun ja das Verwaltungstretverfahren beschreiten, bis dieses aber durchgeführt ist, das dauert belamitlich lange, damit ist der Zweck erreicht.

Und dabei waren unsere Genossen im Recht. Die Wahlvorschlüsse sollten bis zum 22. April beim Wahlkommissar sein. Ein solches Mandatwahlvorschlüsse war am 18. April vorzeitig amischen 9 und 10 Uhr in Berlin zur Post gegeben, soll aber erst am 24. April

qualvollen Ende alle Leiden zu erleichtern sucht; es ist kaum fahbar, daß diese beiden von der Natur so begünstigten Menschen so hart vom Schicksal verfolgt werden. Und doch bleibt immer das Gefühl: hier hat die Schriftstellerin nicht Quantität geschaffen, hier zeichnet sie ein Lebensbild, das sie aus eigener Anschauung miterlebt hat! Es ist ein Buch, das man jedem jungen Manne, jedem jungen Mädchen, aber auch jedem Vater und jeder Mutter in die Hand drücken möchte.

Diese Bege gibt es, dieser Geißel der Menschheit zu wehren; wir Sozialdemokraten sehen sie vor allem in der Fehung der wirtschaftlichen, der sozialen Verhältnisse; wir sehen sie ganz besonders in der Abschaffung der Prostitution, der künstlichen Liebe durch Verwirklichung unserer sozialistischen Ziele. Solange wir aber unsere Ideen noch nicht verwirklicht haben, sind Bücher wie dieses von großem Wert für die Aufklärung der Leiden noch so zahlreichen unwissenden Menschen; und dieser Wert war wie größer als in der Gegenwart, wo der unselige Krieg auch eine fürchterliche Verbreitung der verheerenden Krankheiten gebracht hat.

Louise Schröder.

Nutzen.

Der Chemiker Emil Fischer, der in der planmäßigen Erforschung organischer Stoffe seit vier Jahrzehnten bahnbrechend gearbeitet hat, ist in der Nacht zum Dienstag, 67 Jahre alt, gestorben. Die Erkenntnis der Kohlenstoffverbindungen war sein großes Feld. Die Natur der Harnsäure klärte er in jungen Jahren auf. Die Untersuchung des chemischen Aufbaus von Zucker und Eiweiß führte ihn zu Aufsehen erregenden Ergebnissen. In seiner inhumanen Arbeit trat der Chemiker Freud in Wettbewerb mit der Natur; ihm gelang die künstliche Herstellung einer ganzen Reihe von Eiweißkörpern. Fischer leitete zuletzt an der Berliner Universität und gehörte den großen neuen Forschungsabteilungen in Dahlem und Mühlheim an. — Vorträge. In der Deutsch-Schamerikanischen Gesellschaft spricht Dr. R. Martin über Argentinien und die deutsche Auswanderung am 21. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Saale des Vereinsthauses, Wilhelmstr. 34.

Theater. Im Kleinen Theater ist Rudolf Lothars Lustspiel „Die Wetternichpaker“ in Vorbereitung. Martin Polfgang von der Wiener Volkstheater wurde dem Kleinen Theater verpflichtet. — Priy Adna des Oper „Magdalena“, wurde vom nach einer Uebersetzung von Hans Heinz Hingelmann, wurde vom Deutschen Opernhaus Charlottenburg zur Uraufführung angenommen. — Im Deutschen Künstler-Theater wird am Sonnabend mit Max Adolbert die „Kutschaba“ zum 50. Male aufgeführt. — Musik. Der Direktor des Münchener Nationaltheaters, Generalmusikdirektor Bruno Walter wurde von der Kongzertleitung Hans Adler für eine Reihe händiger Berliner Orchesterkonzerte mit dem Philharmonischen Orchester und hervorragenden Solisten verpflichtet. Der erste Abend findet am 20. September in der Philharmonie statt und bringt eine Festaufführung der 11. Sinfonie von Gustav Mahler.

Unsere Arbeiterbildungsausschüsse.

Überall regt sich Bildung und Streben! Wie noch heute dieses Wort Goethes so sehr Geltung wie im neuen Deutschland nach der Revolution. Es ist, als ob das jahrzehntelange niedergehaltene Kulturverlangen des Volkes sich jetzt einem Naturereignis gleich mit elementarer Macht Bahn bräche. Überall regen sich die Kräfte; neue Organisationen entstehen, Bildungsinstitute tun sich allerorts auf, Volkshochschulen werden gegründet — es ist eine Lust zu leben, könnte man sagen, wenn die Zeit nicht sonst so bitter erst wäre. Vieles von dem, was jetzt erstet, wird wieder eingehen, manches wird nicht standhalten, wenn die Probe gemacht werden soll; aber das wirklich Wertvolle wird bleiben, weil es im Volke wurzelt und einen Teil unseres Gemeindegastlebens selbst bildet. Die Revolution hat mit dem Bildungsvorrecht der Besiegten gründlich aufgeräumt; im neuen Deutschland sollen die geistigen Kräfte des Volkes voll zur Entfaltung kommen.

Was der reaktionäre Klassenstaat versäumt hat, veräumen mußte, weil es seinen Interessen widerspricht, nämlich das Volk zu den höchsten Höhen der Kunst und Bildung emporzuführen, das wird nun der Sozialismus mit der ihm innewohnenden schöpferischen Kraft nachholen. Schon bisher haben unsere Arbeiterbildungsausschüsse in diesem Sinne wertvolle Arbeit geleistet. Aber die Vorbedingungen hierfür waren ungünstiger, die Schwierigkeiten größer als heute. Nachdem nun der Sozialismus zur weltumspannenden, geistig kulturellen Macht geworden ist, wird ihr Tätigkeitsfeld ein ganz ungeheures werden.

Auch der Bezirksbildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei für Groß-Berlin hat sich jetzt neu gebildet und seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Wäge die Masse des werktätigen Volkes seine Bestrebungen nach Kräften unterstützen, möge aber auch jeder Einzelne, wenn in den nächsten Wochen der Ruf an ihn ergehen sollte, an seinem Werke mitthätig helfen. z. w.

Drahtloses Fernsprechen.

Nach dem neuesten Stande der Technik ist ein drahtloses Fernsprechen jetzt tatsächlich möglich. Die auf diesem Gebiete gemachten Vorschritte haben zu einem günstigen Ergebnis geführt. U. a. ist vor kurzem verjudonowit mit Hilfe der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie in N. D. (Telefunken) zwischen den großen Weltstädten Berlin in Rumwelsburg und in Ober-Schöneweide eine drahtlose Fernsprechverbindung eingerichtet worden. Die Anlage ermöglicht ohne jede Drahtverbindung eine gute Sprechverbindung in beiden Richtungen.

Der Anruf erfolgt durch einfaches Drücken auf einen Knopf. Bei der Gegenstation wird dadurch ein gut hörbarer, heller summender Ton erzeugt. Im übrigen besteht in der Abwicklung des Ge-

beim Wahlkommissar eingegangen sein. Selbst wenn dies der Fall gewesen ist, so genügt es doch höchsterhöchster Nachprüfung zur Bekräftigung einer Frist, wenn die Ablegung zu rechtzeitig erfolgt, daß unter gewöhnlichen Umständen die richtige Bezeichnung noch zu erwarten war. Die Nachträglichkeit der Beantragung seitens des Landrats Dr. Wislitz ist daher sehr zweifelhaft.

So steht die Art und Weise, wie die Herren, die bei jeder Gelegenheit über „Parteiwerbung“ freizühen, aus.

Deutschnationale Lügen.

Auf dem Parteitage der Deutschnationalen Volkspartei, der am 12. und 13. dieses Monats in Berlin tagte, hat der Abgeordnete v. d. Osten-Barnim in seinem Referat über den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens die Behauptung aufgestellt, daß der Staatskommissar Dr. Grimm im Auftrage des preussischen Landwirtschaftsministers in Pommern gewesen sei und dort die Landwirtschaft zum Streik aufgeführt und in verheerendem Maße die Stände gegeneinander aufgewiegelt und die Arbeiter angepöbeln habe, die bereits geschlossenen Kartellverträge einseitig zu brechen. Das Niveau dieser Verfassung wird dadurch gelangweilt, daß diese Ausführungen durch Zwischenrufe, wie „bekannter Hochstapler“ begleitet wurden. Diese gegen den Regierung- und Landesökonomierat Dr. Grimm vom Preussischen Landwirtschaftsministerium gerichteten Vorwürfe sind in allen Teilen unwahr und haben in striktem Widerspruch zu den Tatsachen. Herr Dr. Grimm, der die Arbeiterangelegenheiten im Landwirtschaftsministerium bearbeitet, hat in entgegengelegtem Sinne gewirkt und erheblich zur Beilegung und Vereinstimmung der Arbeiterstreikenden auf dem Lande beigetragen. Am 17. v. Mts. in der Preussischen Landesversammlung zur Beratung stehenden Interpellation über drohende Landarbeiterstreiks der Landwirtschaftsminister Braun zu der Angelegenheit ausführliche Stellung nehmen. Herr v. d. Osten wird zudem noch Gelegenheit erhalten, seine unwahren Vorwürfe vor Gericht zu verantworten.

Verhaftung eines Arbeiterrats. Wie die Zentralstelle der Arbeitervereine des Reichs Niederbarnim erst jetzt bekannt gibt, ist für Mittags 6 Uhr am 24. Juni d. Mts. von einer Militärkommandatur in ihrem Bureau verhaftet worden. Große befindet sich seit dieser Zeit in Schubhaft im Untersuchungsgefängnis Raabit. Als Grund der Verhaftung wurde keine politische Tätigkeit angegeben. Die Zentralstelle der Niederbarnimer Arbeiterräte hat sofort Schritte unternommen, um die Entlassung Großes zu erreichen.

Nationalversammlung zu Weimar

83. Sitzung vom 16. Juni, 9 1/2 Uhr.

Am Regierungstisch: Dr. Preuß, Dr. David, Dr. Sell.

Präsident Heineke eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 55. Die Beratung über den Verfassungsentwurf wird fortgesetzt. Es liegt ein Antrag Auer (Soz.) und Genossen vor auf Einfügung eines Artikels 113a, der bestimmt:

Die Todesstrafe ist abgeschafft.

Mit der Benützung dieses Artikels verbindet der Präsident die Beratung über einen Antrag der Unabhängigen mit demselben Inhalt. Abg. Einzelner (Soz.) führt aus, daß die Abschaffung der Todesstrafe eine alte Forderung freiheitlicher und sozialistischer Parteien ist. Der behäufte Einwand, die Herren Richter sollten mit der Abschaffung der Todesstrafe vorangehen, ist nicht stichhaltig, da es Aufgabe des Staates ist, die Wahrung des Menschenlebens zu beschützen. Er muß den Grundlag praktisch betonen, daß das Menschenleben an sich unverletzbar ist. Man hat gesagt, die Abschaffung der Todesstrafe widerspreche der Volkstimung. Das ist falsch. Sie entspricht nicht der Stimmung kleiner Kreise des Volkes. Heute ist der richtige Augenblick für die Verwirklichung der alten Forderung gekommen. Nehmen Sie deshalb unseren Antrag an. (Beifall.)

Dr. Auer: Ohne auf den Materialwert des Antrages einzugehen, bitte ich, den Artikel auf Abschaffung der Todesstrafe nicht in die Verfassung aufzunehmen. Neben die Todesstrafe wird entschieden werden müssen bei der unbedingt notwendigen Reform des Strafrechts. Ich glaube, daß die Entscheidung über die Todesstrafe zweifellos im Sinne der Antragsteller erfolgen wird. Wir würden aber der Spezialgesetzgebung jetzt nicht vorgreifen. Nur in diesem Sinne trete ich für die Ablehnung des Antrages ein. (Beifall.)

Industrie und Handel.

Börse.

Die Streikmeldungen aus dem Reich legten der Spekulation Zurückhaltung auf, doch war die Tendenz weiter fest, wobei in erster Linie auf die neuerliche Steigerung der Kriegsanleihen verwiesen wurde. Sie eröffneten mit 84 1/2 Prozent, gingen dann aber auf 84 Proz. zurück. Fest waren auch die alten heimischen Anleihen, namentlich die 4 Proz. Reichsanleihen. Am Montanmarkt hatten Wollentwaren und Wismar hütte die Führung; Schiffahrtsaktien waren eher schwächer, Elektro- und Farbwerke umsatzlos. Kupferpapiere waren vereinzelt gehandelt. Canada unterlagen größeren Schwankungen. Gute Meinung bestand für türkische Tabakalien und Orientbahnen.

Groß-Berlin

Explosion eines Munitionsdepots.

Durch eine gewaltige Explosion ist heute morgen um 8 Uhr ein Munitionsdepot auf dem großen Lagerplatz der Firma Stod bei Niederschönhausen an der Landberger Chaussee in die Luft geflogen. Gewaltige Verände, aus Infanterie-, Artillerie- und Minen bestehend, sind der Verwundung angeheimgelassen. Die Feuerwehren von Hohenerschönhausen, Weihensee und Berlin sind tätig und haben die Explosionsherde wegen der damit verbundenen Gefahr abgepöbelt.

Die Wirkung der Explosion war so heftig, daß im Umkreise von mehreren Kilometern Fensterscheiben zerrätmetzt wurden. Menschenleben sind nach den bisherigen Feststellungen nicht zu beklagen. Allerdings wird die Wache von 6 bis 8 Köpfen vernichtet. Die dort lagernden Sprengkapseln und Wurfminen befanden sich in großen Holzschuppen, ungefähr 20 Minuten vom dem Fabrikgebäude entfernt, auf freier Höhe. Nach einer unkontrollierten Meldung sollen sich zuletzt in den Schuppen rund 750 000 Zünder befunden haben. Außerdem größere Mengen von Pulver.

Als die Arbeiter der Werke heute kurz nach 7 Uhr morgens sich nach den Schuppen begeben wollten, um Zünder heranzuführen, bemerkten sie, daß einer der Schuppen brannte. Sie liefen deshalb in das Fabrikgebäude zurück, um den Brand zu melden. Wenige Minuten später hörte man auch schon die erste schwächere Detonation und etwas später zwei sehr starke Detonationen. Durch den starken Luftdruck wurden nicht nur die Fensterscheiben des Fabrikgebäudes eingeschleudert, sondern auch Tausende von Fensterscheiben in Hohenerschönhausen, das durch die Detonationen alarmiert wurde. Zehntausende von Sprengkapseln und Wurfminen waren explodiert. Ein großes Flammenmeer hüllte die beiden Schuppen ein. Aus Hohenerschönhausen, Lichterberg und Weihensee ertönte die Feuerwehren herbei, aber es war noch nicht an den Versuch einer Lös-

aktion zu denken, denn abgesehen davon, daß die unentzündliche Züge ein näheres Herankommen an die Brandstelle nicht gestattete, wäre eine Lösaktion auch mit hoher Lebensgefahr verbunden gewesen, da immer wieder Teile der explodierenden Munition durch die Luft flogen, und überdies jeden Augenblick auch der dritte Schuppen aufsteigen konnte. Auch die Fabrik, in deren Höfen Zünder aufgestapelt lagen, mußte wegen der Explosionsgefahr zunächst geräumt werden.

Lichtenberger Lebensmitteldiebstehlen.

In einer öffentlichen Versammlung berichtete gestern Stadtverordneter Lutz (U. S. V.) über die Untersuchungen, die von einer von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzten Untersuchungskommission über die Unregelmäßigkeiten in der städtischen Lebensmittelversorgung angestellt worden sind. Gegen den Deputierten im Lebensmittelamt D. J. Inge sei erhebliches behaltendes Material zutage gefördert worden. Dieser Beamte habe seine Amtspflichten gründlich vernachlässigt und sei ihm eine Reihe von Unregelmäßigkeiten nachgewiesen worden. Auf Grund dessen habe die Stadtverordnetenversammlung dem Antrag der Untersuchungskommission folgend, beschlossen, das Anstellungsverhältnis dieses Herrn beim Magistrat zu lösen. Ferner seien an Lieferanten oftmals sehr erhebliche Proportionen gezahlt worden. Beamte, Referenten, Angestellte und Magistratsmitglieder hätten bis zum Ausbruch der Revolution erhebliche Ertragserhöhungen an Lebensmittel erhalten. Die vielen im Verkehr befindlichen Lebensmittelarten können schwerlich nur aus gewaltsamen Einbrüchen herrühren, es sei vielmehr festzustellen, daß trotz einer vorzüglich organisierten Kartenausgabekontrolle wöchentlich 40—50 000 Lebensmittelarten zu viel nach Lichtenberg geliefert wurden, die nachträglich ohne besondere Kontrolle zur Verfügung kommen. Festgestellt sei unter anderem, daß 1500 Brotarten spurlos verschwunden seien; diese sollen angeblich später wieder aufgetaucht sein. In der Krankeimerzeugnisse herrschen gerätlich wilde Zustände, daß die Kommission außerstande war, hier eine Kontrolle vorzunehmen. Durchsuchungen und Lebensmittelüberprüfungen von Seiten einer größeren Anzahl von Magistratsangehörigen lägen in so großer Fülle vor, daß die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist.

Bessere Kohlenverteilung.

Bei der kürzlich erfolgten Freigabe weiterer Kohlenabschnitte darauf hingewiesen, daß die Kohlen mäßig für die Heizperiode aufgespart werden sollen.

Dabei ist nur vergessen worden, daß die Inhaber von kleinen Wohnungen bei den herrschenden Gaspreisen nur allzu genötigt sein werden, ihr Kohlenquantum jetzt im Sommer zu verbrennen.

Wäre es nicht endlich einmal an der Zeit, daß die zuständigen Stellen eine gerechtere Verteilung der Vorräte vornehmen. Dazu brauchen Bewohner von 4, 5 und mehr Zimmer das bis zu Sechsfache der Kohlenmenge eines kleinen Mieters. Wenn die Kohlen so knapp sind, müssen dann so und so viel Zimmer verteilt werden, bei den Referentinnen. Erst sollte man ein bestimmtes Minimum für jeden Haushalt, ganz gleich ob klein oder groß, zur Verfügung stellen und erst wenn darüber hinaus Kohlen zur Verfügung hat, die größeren Haushalte besser bedenken. Der kleine Mann wendet bisher mit Sommeren auf die paar freigegebenen Zentner, während die Inhaber größerer Wohnungen mit einer ganzen Reihe von Abschnitten im Rücken sind.

Die Verteilungsstelle sollte diese rückständigen Abschnitte für ungültig erklären und für eine gerechte Verteilung sorgen, damit nicht der Benachteiligte mehr, während der vom Glück mehr Begünstigte die Kohlen voll hat.

Für und gegen die Einheitsgemeinde.

Die zur Vorberatung des Geheiments Groß-Berlin eingesetzte Eingemeindungskommission der Gemeinde Reinickendorf hat sich entschieden auf den Standpunkt der Einheitsgemeinde und des Geheiments gestellt, damit ein Groß-Berlin geschaffen werde, das auf jedem Gebiete sofort handlungsfähig sei. An zweiter Stelle hat sich Reinickendorf aus finanziellen Gründen für die Einheitsgemeinde entschieden. Die ökonomische Lage Reinickendorfs werde durch das neue Gesetz über Steuererleichterungen noch mehr erschwert. Eine Erhebung von Zuschlägen auf höhere Einkommen über 6000 M. komme in Reinickendorf so gut wie gänzlich in Betracht, weil es dort an solchen höheren Einkommenskreisen fehle.

Die Gemeindeverwaltung von Schmöckwitz hat sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Geheiments beschäftigt und sich ihm, der eine völlige Eingemeindung darstelle, nicht sympatisch gegenübergestellt. Sie verließ sich aber nicht der Einnahme, daß etwas geschehen müsse, um eine Vereinstadtung Groß-Berlins herbeizuführen. Bei der im Geheiments vorgeschlagenen Regelung befürchtet aber die Vertretung eine weitgehende Bürokratisierung; sie schlägt daher vor, daß den Bezirksstellen eine größere Selbstverwaltung verleiht.

Der Magistrat Spandau unterstützt der dortigen Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluß: Wegen die im Geheiments vorgeschene Eingemeindung der Stadt Spandau in den Stadtkreis Groß-Berlin wird entschieden Einspruch erhoben. Falls ein Heranziehen der Stadt Spandau aus dem Stadtkreis Groß-Berlin nicht zu erreichen ist, wird die Bildung einer Gesamtgemeinde nach dem Vorschlage der Berliner Vorortgemeinschaft beantragt.

Gibt die Treptower Spielplätze frei!

Uns wird geschrieben: Gelegenlich meiner Ferienzeit führt mich der Weg auch wieder einmal nach den Treptower Spielplätzen, wo sich früher Tausende von Familien mit Kindern in Ermangelung von teureren Ferienorten tummelten. Die Wiese zeigt gegen früher eine beinahe gähnende Leere. In der Mitte darauf ein Anstiel von einigen hunderten Menschen. Noch immer die Spielertruppen. Ich verleihe die Situation durchaus nicht, wenn ich behaupte, gegen diese Benützung der Spielplätze muß schneidend eingeschritten werden. Viele erholungsbedürftige Familien meiden jetzt diese Spielwiesen dieser Spieler wegen. Der Wächter ist nach seinen Aussagen und nach meiner eigenen Überzeugung dagegen maßlos; er wird einschreitendfalls mit den unflätigsten Redensarten überschüttet. Hier gibt es nur einen Weg, und das ist die Offenheit. Wäre diesem Schein in die Öffentlichkeit ein schnelles Handeln von den befürchten Instanzen folgen, um diesem schandhaften Treiben einen Riegel vorzusetzen.

Wir wollen hoffen, daß sich die Polizei etwas angelegentlich wie bisher der schleuesten Beilegung dieser skandalösen Zustände annimmt.

Hemmung der Wohnungsneubautätigkeit in Groß-Berlin.

Der außerordentliche Mangel an Baustoffen aller Art beschränkt die vom Wohnungsverband mit großen Geldopfern in Gang gebrachten Neubauten wieder zum Erliegen zu bringen, so daß befürchtet werden muß, daß ein großer Teil der angefangenen Bauten bis zum Winter nicht fertiggestellt wird, und daß die Bevölkerung statt der erwarteten neuen Wohnungen unfertige Häuser im Herbst vorfindet. Wenn auch der Baustoffmangel keine Hauptursache in der Kohlennot findet, so dürfte doch die heutige Art der finanziellen Regelung der Baustoffbeschaffung und Verteilung nicht unerheblich zur Verschärfung der Notlage beigetragen haben. Wenigstens war dies die einmütige Ansicht einer Konferenz der Groß-Berliner Gemeinden und Kreise, die am Sonnabend unter dem Vorsitz des Geschäftsführers des Wohnungsverbandes gelang. Während nach dem vom Staatsministerium erlassenen Statut der Wohnungsverband in der Hauptsache nur als Finanzierungsinstitut für die Wohnungsneubautätigkeit gedacht ist und die Bauaufsicht und nicht nur die Baustoffbeschaffung Sache der Eingemeindungen sein soll, steht die Konferenz jetzt einem wirksamen Ausweg aus der

Notlage nur in der Zentralisierung der Baustoffbeschaffung für die Hauptmaterialien und der Kohlenverteilung im Wohnungsverband. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Reichs- und Staatsbehörden zu diesen Beschaffen stellen werden. Wird ihnen nicht Ratgegeben werden, so sieht die Konferenz kein Mittel, um das Vorgehen eines Teils der Wohnungsneubauten zu vermeiden; die Verantwortung für die bösen Folgen daraus lehnen der Wohnungsverband und die Groß-Berliner Kommunen für sich ab.

Die 50-M.-Scheine gelten. Die Nachricht, daß die Reichsbank die Fünftigmarknoten mit dem grauen Rand (vom 20. Oktober 1918) zur Einziehung aufgerufen habe, entspricht nicht den Tatsachen. Die Noten sind gelegentlich Zahlungsmittel und müssen von jedem momentan angenommen werden. Richtig ist, daß die Einziehung dieser Fünftigmarktscheine in Aussicht genommen ist und daß die Scheine schon jetzt auf Verlangen an den Reichsbankkassen in andere Scheine umgetauscht werden. Die neue Ausgabe soll zur Vermeidung von Fälschungen nicht wie die letzten Ausgaben in Buchdruck, sondern in Kupferdruck hergestellt werden, was naturgemäß längere Zeit erfordert. Uebrigens wird der Aufruf zur Einziehung sich auch auf die neuere Ausgabe, die Scheine mit dem bunten Rahmen vom 30. September 1918, beziehen. Selbst nach erfolgtem Aufruf verlieren die Scheine ihre Eigenschaft als gelegentliches Zahlungsmittel nicht sofort, sondern erst nach Ablauf einer bestimmten Frist und sie werden auch später noch immer von der Reichsbank in gültige Noten umgetauscht.

Standfälle Zustände herrschen auf dem Militärkirchhof am Tempelhofer Feld. Die Gräber der dort beigesetzten Kameraden, deren Angehörige aufwärts wohnen, befinden sich in einer Verfallung, welche jeder Beschreibung spottet. Nach Angabe des Inspektors sind die Zustände durch Arbeitsüberkantung herbeigeführt. Dabei ist festzustellen, daß gegen bessere Verwaltung Zustandshaltung der Grabsätten besorgt wird für die in Gefangenschaft verstorbenen englischen, französischen und russischen Kameraden hat eine besondere Kommission Abhilfe erreicht. Es muß aber darauf gedrungen werden, daß mit dieser Schwirksamkeit vollständig ausgeräumt wird. Arbeitslose dürften doch für diese Zwecke genügend zur Verfügung stehen. Wir erwarten, daß die zuständigen Behörden nach dem Rechten sehen.

Warnung für Spreewaldreisende! Uns wird geschrieben: Wer von den fallenden, sich tedlich durch fünf Kriegsjahre hindurch gehungerten Berlinern denkt, keine Ferien in schöner Gegend und doch in der Nähe Berlins verbringen zu können, und hoffnungsvoll seine Schritte nach dem Spreewald lenkt, wird arg enttäuscht sein.

In Burg sind Pensionen von M. 18.— und 20.— allgemein. Es wäre dringend nötig, daß sich die kommunalen Behörden und der Stadtrat um die Verhältnisse kümmern.

Sollungsausschuß der Metallindustrie. Sitzung heute, Mittwoch, abends 6 Uhr. In den Zeiten 23.

Korps-Madr.-Post Garde. Arbeiterheim Köln, 18. 7., nachmittags 3 Uhr, Gewerkschaften, Saal 4, Eingelassen. Alle Mitglieder über 20 Jahre. Vorstandswahl notwendig.

Die Geschäftsräume des Ministeriums für Volkswohlfahrt befinden sich von jetzt ab im Herrenhaus, Leipziger Str. 2.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Marientorfbäckerei. Die Gemeinde verkauft in beiden Gemeindeläden handia guten Kaffeeertrag zum Preise von 75 Pf. das Pfund. Auf die beiden Abschnitte D 10 der Einheitsgemeinde vom 17.—19. d. M. 200 g amerikanisches Weizenmehl oder 250 g indisches Weizenmehl. — Auf Schnitt 48 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 1/2 Pfund Reis (50 Pf.), Schnitt 49 1/2 Pfund Rohmehl (1,45 M.). Die Marken sind bis spätestens Freitag vorzuliegen. Verkauf an die Einwohner am 23. bzw. 24. 7., nachmittags von 4 Uhr ab. Für die bis zum 2. 8. nicht eingelagerten Abschnitte erlischt das Bezugsrecht.

Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsgeschädigten, Friedenau. Donnerstag, abends 8 Uhr, Bericht Komitat Rader über: Was bringt uns Opfer des Krieges der Frieden: in der Aula des Reform-Religionsvereins, Komitatstr. 89. Vortrag: Die Sozialpolitik in Deutschland. — Bezirk Zentral: Arbeiter-Vereinigung Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Elisabethpark, Elisabethstr. 20. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wilmersdorf. Donnerstag, abends 8 Uhr, Sitzung des Demokratischen Ausschusses mit den Parteiführern im Kellertan Schöler, Brandenburgische Straße. — Sozialistische Studentengruppe. Heute abends 8 Uhr (privat Benosje Dr. Hanner über: Möglichkeiten sozialistischer Bewegung) (Beispruch).

Gewerkschaftsbewegung

Unabhängiger Terrorismus und die „Gelben“.

In der „Freiheit“ vom 27. Juni 1919 protestieren die Funktionäre des Siemenskonzerns gegen den Artikel im „Vorwärts“ vom 12. Juni 1919 unter der vorstehenden Ueberschrift. Sie bezeichnen den Artikel als verlogen, ohne jedoch auch nur den Versuch zu machen, die darin angeführten Tatsachen zu widerlegen. Im „Vorwärts“ vom 28. Juni 1919 erklären dieselben Funktionäre, daß in den Siemenswerken niemals Terrorismus geübt worden sei. Angesichts dieser Unberücksichtigung wollen wir die Beispiele unerbittlichen Terrors, die wir am 12. Juni 1919 hier veröffentlicht haben, noch einmahl veröffentlichen. Es ist kein Terror, wenn 1. über die im „Vorwärts“ und in der „Freiheit“ veröffentlichte Protestresolution abgestimmt wird, ohne daß der Gemeinleite Gelegenheit zur Abstimmung gegeben wird, und ohne daß eine Gegenprobe bei der Abstimmung vorgenommen wird; 2. wenn gegen die Kollegen, die für die S. S. D. tätig sind, das Ausschlußverfahren aus dem Metallarbeiterverband angedroht gemacht wird; 3. wenn ein Arbeiterratsmitglied darum an der Jugendkommission ausgeschlossen worden soll, weil er eine von dem Verein „Arbeiter-Jugend“ einberufene Versammlung besucht hat; 4. wenn sich circa 400 Kommunisten und Unabhängige vor der Versammlungsfabrik einer von der S. S. D. einberufenen Versammlung einstellen und jeden Besucher derselben tätlich bedrohen und ihn am Besuch der Versammlung zu hindern suchen; 5. wenn die vor den Werken tätigen Flugblattverbreiter der S. S. D. bedroht werden, während die Kommunisten und Unabhängigen während der Arbeitszeit in den Werken Zettel verteilen und die unabhängigen und kommunistischen Zeitungen an den Mann zu bringen versuchen; und diese Beispiele liegen sich ins unendliche vermultiplizieren. Im übrigen muß das Niveau der Versammlung der Funktionäre als das allerniedrigste bezeichnet werden, da dort die Funktionäre der S. S. D. in der gemeinsamen Weise verdächtigt werden, ohne daß der Versammlungsfabrik die Einzelheiten zum Beweise ihrer Behauptungen auffordert. — Arme Arbeiterräte, die so vertreten wird! — Was es aber mit dem Protest auf sich hat, der angeblich von den Funktionären aller drei sozialistischen Parteien in den Werken gefügt worden ist, das zeigt die nachfolgende Erklärung.

Die Funktionäre der S. S. D. des Siemenskonzerns sprechen der Konferenz der Metallarbeiter-Funktionäre in der Kaiserper Straße das Recht ab, im Namen der genannten Funktionäre aller drei sozialistischen Parteien den Siemenskonzern zu sprechen. In dem Artikel „Unabhängiger Terrorismus und die Gelben“ erklären sie, daß sie voll und ganz der Meinung sind, daß der Terrorismus, den die Kommunisten und Unabhängigen in den Werken üben geübt haben, der „Gelben“ in die Hände arbeitet. Sie würden sich freuen, wenn die Unabhängigen und Kommunisten ihre Anschuldigung wahr machten und jede Terrorisierung Andenkender in Zukunft unterließen.

Die Funktionäre der S. S. D. des Siemenskonzerns.

